

[Startseite](#) > ... > [Ihre Rechte](#) > [Grundrechte](#) > [Wirtschaft Und Menschenrechte](#) > [Scotland](#)

Inhalt bereitgestellt von
Schottland

Wirtschaft und Menschenrechte

Schottland

1. Welchen Schutz genießen Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der Wirtschaft? Sind auch Entschädigungen vorgesehen?

Nach dem Schottland-Gesetz (Scotland Act) von 1998 müssen alle vom schottischen Parlament verabschiedeten Rechtsvorschriften und alle Handlungen von Mitgliedern der schottischen Regierung mit den in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verankerten Rechten vereinbar sein. Behörden in Schottland dürfen nach dem Gesetz zum Schutz der Menschenrechte (Human Rights Act) von 1998 nicht im Widerspruch zu den in der Konvention verbürgten Rechten handeln. Kommt es zu Menschenrechtsverletzungen, sind die schottischen Gerichte befugt, über die betreffenden Rechtssachen zu entscheiden und Abhilfe zu schaffen.

Rechtsgrundlage für die Gründung und Führung von Unternehmen ist das Gesetz über die Gesellschaften (Companies Act) von 2006. Die Staatsanwaltschaft (Crown Office and Procurator Fiscal Service – COPFS) kann vor schottischen Gerichten Verfahren gegen schottische Unternehmen einleiten, wenn nachweislich eine Straftat begangen wurde.

Die geltenden britischen Strafvorschriften gegen Menschenhandel und Ausbeutung wurden im schottischen Gesetz gegen Menschenhandel und Ausbeutung von 2015 (Human Trafficking and Exploitation (Scotland) Act 2015) konsolidiert und verschärft. Gleichzeitig wurde die Stellung von Opfern und ihre Unterstützung verbessert.

In diesem Gesetz wird Menschenhandel als einziger Straftatbestand für alle Formen der Ausbeutung von Erwachsenen und Kindern umschrieben. Wird Menschenhandel in Kombination mit weiteren Straftaten verübt, so gilt dies als erschwerender Umstand. Der zuvor eigenständige Straftatbestand Sklaverei, Leibeigenschaft und Zwangs- oder Pflichtarbeit wurde neu gefasst.

Section 4 des Gesetzes von 2015 enthält den Straftatbestand Sklaverei, Leibeigenschaft und Zwangs- oder Pflichtarbeit, der entsprechend Artikel 4 EMRK auszulegen ist.

Juristische Personen (beispielsweise ein Unternehmen), nicht rechtsfähige Vereinigungen und Partnerschaften können sich der Straftat des Menschenhandels oder einer Straftat nach section 4 des Gesetzes von 2015 schuldig machen. Nach section 39 des Gesetzes von 2015 gilt dies auch für maßgebliche Einzelpersonen innerhalb einer solchen Organisation (beispielsweise für den Geschäftsführer).

Wie im Gesetz von 2015 vorgeschrieben, hat der Kronanwalt (Lord Advocate) Anweisungen für die Staatsanwaltschaften veröffentlicht, wie mit mutmaßlichen bzw. bestätigten Opfern des Straftatbestands Menschenhandel und einer Straftat nach Paragraph 4 (Sklaverei, Leibeigenschaft und Zwangs- oder Pflichtarbeit) strafrechtlich zu verfahren ist. Die Staatsanwaltschaften wenden diese Anweisungen nach wie vor an, um sicherzustellen, dass Opfer nicht im Zusammenhang mit solchen Straftaten angeklagt werden.

Der Bürgerbeauftragte für den schottischen öffentlichen Dienst (Scottish Public Services Ombudsman – SPSO) verfügt über einen breiten Aufgabenbereich. Er ist die letzte Instanz für Beschwerden über die meisten dezentralisierten öffentlichen Einrichtungen in Schottland. Der Bürgerbeauftragte fungiert auch als unabhängige Überprüfungsinstanz für den Scottish Welfare Fund und kann Entscheidungen über Anträge auf häusliche Pflege und finanzielle Unterstützung in Notfällen aufheben und ersetzen. Im Bereich Schadensersatz ist er allerdings kaum von Bedeutung. Er richtet in der Regel Empfehlungen an die öffentlichen Stellen, die Gegenstand einer

Beschwerde waren. Die Befugnisse und Pflichten des Bürgerbeauftragten sind im Gesetz über den Bürgerbeauftragten für den schottischen öffentlichen Dienst (Scottish Public Services Ombudsman Act 2002) geregelt.

Wer sich in seinen Menschenrechten verletzt glaubt, sollte eine unabhängige Rechtsberatung in Anspruch nehmen.

2. Gibt es besondere Vorschriften für schwere Menschenrechtsverletzungen? Gelten diese Vorschriften auch für Umweltverstöße oder schwere Formen der Arbeitsausbeutung?

Die Erklärung über die schottischen Rechte und Pflichten in Bezug auf Grund und Boden (Scottish Land Rights and Responsibilities Statement), die von der schottischen Regierung nach Maßgabe des schottischen Gesetzes über die Landreform (Land Reform (Scotland) Act 2016) veröffentlicht wurde, enthält sechs Grundsätze, an denen sich die Politik in diesem Bereich orientieren soll. Der erste Grundsatz besagt Folgendes: „Die Rahmenregelung für die Rechte und Pflichten in Bezug auf Grund und Boden sowie die Politik in diesem Bereich sollte die diesbezüglichen Menschenrechte unterstützen, wahren und achten, zum Allgemeininteresse und Allgemeinwohl beitragen und einen Ausgleich zwischen öffentlichem und privatem Interesse herstellen. Sie sollte eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern, die Umwelt schützen und verbessern, zu sozialer Gerechtigkeit beitragen und eine gerechtere Gesellschaft herbeiführen.“

Dem Gesetz von 2016 zufolge müssen die schottischen Minister diese Erklärung regelmäßig überprüfen und dem Parlament Bericht erstatten.

Die Antwort auf Frage 1 enthält Informationen zu Menschenhandel und Ausbeutung.

3. Ich bin außerhalb der Europäischen Union im Rahmen der Geschäftstätigkeit eines europäischen transnationalen Unternehmens Opfer einer Menschenrechtsverletzung geworden. Kann ich mich als Nicht-EU-Bürger oder nicht in der EU lebender Bürger an die nationalen Gerichte wenden? Unter welchen Voraussetzungen kann ich die Verletzung meiner Rechte geltend machen? Wo kann ich weiterführende Informationen erhalten?

Die Rechtsmittel, die bei einer Menschenrechtsverletzung zur Verfügung stehen, hängen davon ab, ob dieses Recht im Common Law oder kodifizierten Recht verankert ist.

Nach section 2 des schottischen Gesetzes über Menschenhandel und Ausbeutung von 2015 gilt der Straftatbestand Menschenhandel für Handlungen im Vereinigten Königreich und andernorts, d. h. erfasst werden auch Handlungen, die ganz oder teilweise außerhalb Schottlands erfolgen.

Im Gesetz von 2015 ist auch der Fall vorgesehen, dass der Straftatbestand der menschlichen Ausbeutung von einer natürlichen Person mit britischer Staatsangehörigkeit, die zum Zeitpunkt der Straftat ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Schottland hatte, oder von einer dem Recht eines Teils des Vereinigten Königreichs unterliegenden Einrichtung verwirklicht wird, und zwar unabhängig davon, an welchem Ort die Tat begangen wird. Ob die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Schottland hat oder nicht, bestimmt sich nach den Tatsachen und Umständen des jeweiligen Falls. Alle anderen Personen machen sich der Straftat des Menschenhandels nur dann schuldig, wenn diese zum Teil im Vereinigten Königreich stattfindet oder eine Person betrifft, die im Vereinigten Königreich ankommt, in das Vereinigte Königreich einreist, innerhalb des Landes reist oder ausreist.

4. Werden Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen

transnationalen Unternehmen außerhalb der Europäischen Union verübt wurden, von nationalen Ombudsstellen, Gleichbehandlungsstellen oder Menschenrechtsorganisationen unterstützt? Können diese Stellen in meinem Fall tätig werden, wenn ich kein EU-Bürger bin oder nicht in der EU lebe? Gibt es andere öffentliche Dienste (wie Arbeits- und Umweltinspektionen), die in meinem Fall tätig werden können? Wo kann ich mich über meine Rechte informieren?

Das regulatorische Umfeld für Unternehmen in Schottland ähnelt in vielerlei Hinsicht dem des übrigen Vereinigten Königreichs und Europas, und es gibt mehrere Regulierungsbehörden, die sich mit der Geschäftstätigkeit von Unternehmen befassen. Die Durchsetzungsbefugnisse dieser Regulierungsbehörden sind allerdings eher auf die Sanktionierung der Unternehmen als auf die Unterstützung der Opfer ausgerichtet. Bei kriminellen Machenschaften der Unternehmen werden jedoch die Polizei und andere staatliche Stellen tätig.

Schottland hat zwei nationale Menschenrechtsinstitutionen:

- die [Scottish Human Rights Commission](#) (Schottische Menschenrechtskommission – SHRC)
- die [Equality and Human Rights Commission](#) (Gleichstellungs- und Menschenrechtskommission – EHRC)

Beide Kommissionen sind für die Menschenrechte zuständig und spielen eine wichtige, wenn auch unterschiedliche Rolle bei der Förderung und Überwachung der Umsetzung international anerkannter Menschenrechte auf nationaler Ebene. Ihrer Befugnisse sind auf der jeweiligen Website dargestellt.

Der Bürgerbeauftragte für den schottischen öffentlichen Dienst (Scottish Public Services Ombudsman – SPSO) ist die letzte Instanz für Beschwerden über dezentralisierte öffentliche Einrichtungen in Schottland. Er bzw. sie ist eine unabhängige Person und ist weder an Weisungen der schottischen Regierung oder des schottischen Parlaments gebunden noch deren Kontrolle unterworfen. Der Bürgerbeauftragte kann bei der Prüfung einer Beschwerde mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen nachgehen. Die Einrichtungen, die Gegenstand einer Beschwerde beim Bürgerbeauftragten sein können, sind in einer Liste aufgeführt. Es ist unwahrscheinlich, dass europäische transnationale Unternehmen darunter sind. Der Bürgerbeauftragte kann Beschwerden über Dienstleistungen des privaten oder ehrenamtlichen Sektors nachgehen, wenn diese eine in seine Zuständigkeit fallende Einrichtung betreffen.

Darüber hinaus ist in section 9 Absatz 4 und 5 des Gesetzes über den Bürgerbeauftragten für den schottischen öffentlichen Dienst (Scottish Public Services Ombudsman Act 2002) festgelegt, wer eine Beschwerde beim Bürgerbeauftragten einreichen kann. Der Beschwerdeführer muss zum Zeitpunkt der Einreichung der Beschwerde im Vereinigten Königreich wohnhaft sein bzw. die der Beschwerde zugrunde liegende Handlung muss zu einem Zeitpunkt erfolgt sein, als sich der Beschwerdeführer im Vereinigten Königreich aufgehalten hat.

5. Sind europäische transnationale Unternehmen nach Maßgabe nationaler Rechtsvorschriften verpflichtet, Beschwerdemechanismen oder Mediationsdienste für Verstöße im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit einzurichten? Gelten diese Rechtsvorschriften auch für Verstöße außerhalb der Europäischen Union? Wer ist für die Überwachung der Einrichtung dieser Beschwerdemechanismen oder Mediationsdienste zuständig? Gibt es öffentliche Berichte darüber, wie diese Mechanismen und Dienste funktionieren?

Das Vereinigte Königreich hat eine nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eingerichtet. Bei diesen Leitsätzen handelt es sich um Empfehlungen für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, unter anderem im Bereich Menschenrechte. Als Teil des Ministeriums für internationalen Handel ist die nationale Kontaktstelle dafür zuständig, auf die OECD-Leitsätze aufmerksam zu

machen und den entsprechenden Beschwerdemechanismus umzusetzen. Verstößt ein Unternehmen gegen diese OECD-Leitsätze, kann jeder Betroffene eine Beschwerde bei der nationalen Kontaktstelle einreichen, wozu auch Beschäftigte oder deren Gewerkschaften sowie Gemeinden zählen, die von den Tätigkeiten des Unternehmens betroffen sind. Die nationale Kontaktstelle versucht dann, eine Einigung zwischen den Beteiligten herbeizuführen. Ist dies jedoch nicht möglich, wird eine Feststellung, ob das Unternehmen gegen die Leitsätze verstoßen hat, veröffentlicht und zur weiteren Verbreitung zur Verfügung gestellt. Informationen über die Einreichung einer Beschwerde finden sich auf der [Website der nationalen Kontaktstelle](#).

Weitere Beratungsmöglichkeiten und Mediationsdienstleistungen im Vereinigten Königreich bieten die [Citizens Advice Bureaux](#) und der [Advisory, Conciliation and Arbitration Service](#).

6. Habe ich als schutzbedürftiges Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der Wirtschaft besondere Rechte? Unter welchen Voraussetzungen habe ich Anspruch auf Prozesskostenhilfe? Welche Kosten werden in diesem Rahmen übernommen? Habe ich als Nicht-EU-Bürger oder nicht in der EU lebender Bürger im Hinblick auf Prozesskostenhilfe die gleichen Rechte wie EU-Bürger?

Mit staatlich finanzierter rechtlicher Unterstützung können Personen, die sich dies andernfalls nicht leisten könnten, ihre Rechte geltend machen oder sich vor Gericht verteidigen.

Man muss nicht in Schottland wohnhaft sein, um Beratungs- und Prozesskostenhilfe nach dem schottischen Beratungs- und Prozesskostenhilfegesetz (Legal Aid (Scotland) Act 1986) zu beantragen. Es gibt zwei Arten der rechtlichen Unterstützung in Zivilsachen:

i. Beratung und Unterstützung durch einen Rechtsanwalt (solicitor): Der solicitor erteilt Rechtsberatung, holt Erkundigungen ein und führt im Namen seines Mandanten den Schriftverkehr mit Dritten. Beratungshilfe steht für Angelegenheiten des schottischen Rechts (einschließlich des in Schottland geltenden britischen Rechts) zur Verfügung, kann jedoch nicht für die Vertretung vor Gericht in Anspruch genommen werden.

ii. Prozesskostenhilfe für zivilrechtliche Verfahren vor schottischen Gerichten.

Beide Arten der zivilrechtlichen Unterstützung unterliegen gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen. Beratungs- und Unterstützungsleistungen können in Anspruch genommen werden, wenn die rechtsuchende Person bestimmte finanzielle Anspruchsvoraussetzungen erfüllt. Für die Inanspruchnahme von Prozesskostenhilfe gelten einheitliche, transparente Voraussetzungen, und die Anträge werden nach gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien geprüft. Die ersten beiden Kriterien beziehen sich auf die rechtliche Begründetheit des Antrags. Es muss nachgewiesen werden, dass es für den Fall, für den Prozesskostenhilfe beantragt wird, einen Rechtsgrund gibt („probable cause“) und die Verwendung öffentlicher Gelder zur Unterstützung des Falls sinnvoll ist. Das dritte Kriterium bezieht sich auf die Vermögensverhältnisse des Antragstellers.

Weitere Informationen dazu finden sich auf der [Website des Scottish Legal Aid Board](#).

Nach section 9 des Gesetzes über Menschenhandel und Ausbeutung (Human Trafficking and Exploitation (Scotland) Act 2015) sind die schottischen Minister befugt, den Zeitraum zu bestimmen, in dem Erwachsenen Unterstützung und Hilfe zu gewähren ist, wenn hinreichend Grund zu der Annahme besteht, dass sie Opfer von Menschenhandel oder Ausbeutung geworden sind. In den am 1. April 2018 in Kraft getretenen Regelungen wird dieser Zeitraum auf 90 Tage festgesetzt und umfasst Unterstützung und Hilfe in Bezug auf (aber nicht ausschließlich):

- Unterkunft
- Alltag
- medizinische Beratung und Behandlung (einschließlich psychologischer Begutachtung und Behandlung)
- Übersetzungs- und Dolmetschleistungen
- Beratung
- Rechtsberatung

- Information über sonstige Dienstleistungen für Erwachsene
- Rückführung

Nach section 10 des Gesetzes von 2015 sind die schottischen Minister befugt, sekundärrechtliche Regelungen (regulations) zur Bereitstellung von Unterstützungs- und Hilfsleistungen zu erlassen, die einem Erwachsenen zur Verfügung gestellt werden können, der Opfer von Sklaverei, Leibeigenschaft oder Zwangsarbeit ist oder zu sein scheint. Nach diesen Regelungen, die am 1. April 2018 in Kraft traten, gelten für das Verfahren, mit dem bestimmt wird, ob Erwachsene Opfer einer solchen Straftat sind, für die zu leistende Unterstützung und Hilfe sowie für den Zeitraum, in dem diese zu gewähren ist, dieselben Bestimmungen wie für Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung.

Die schottische Regierung hat Finanzierungsvereinbarungen mit [Migrant Help](#) (einer Organisation zur Unterstützung von erwachsenen Opfern von Menschenhandel und Ausbeutung sowie weiblichen Opfern von Menschenhandel zwecks kommerzieller sexueller Ausbeutung) und [Trafficking Awareness Raising Alliance](#) (einer Organisation zur Unterstützung von weiblichen Opfern von Menschenhandel zwecks kommerzieller sexueller Ausbeutung) geschlossen. [The Anchor Service](#), Teil des NHS Greater Glasgow and Clyde, erhält ebenfalls finanzielle Unterstützung, um alle erwachsene Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung in Schottland psychologisch zu betreuen.

■ Letzte Aktualisierung: 29/07/2020

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.